

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 60-5 vom 13. Juni 2026

Rede von Bundeskanzler Friedrich Merz

beim Tag des Familienunternehmens
am 11. Juni 2026 in Berlin:

Sehr geehrter Herr Dr. Stoll,
Herr Kirchdörfer,
sehr geehrte Familienunternehmerinnen und -unternehmer,
Exzellenzen,
meine Damen und Herren,

herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung – schön, dass Sie durchgehalten haben! Ich freue mich, dass ich heute die Gelegenheit habe, zu einem nicht ganz einfachen Zeitpunkt kurz vor der parlamentarischen Sommerpause – die übrigens keine Sommerpause ist, sondern eine sitzungsfreie Zeit – hier zu sein. Wir werden auch über den Sommer einiges weiter bearbeiten und vorbereiten, aber darauf komme ich später noch zurück.

Es sind in der Tat entscheidende Wochen und Monate, und Sie stellen zu Recht die Frage: Wo wollen wir hin? Wie viel Veränderung, die so dringend notwendig ist, trauen wir uns zu? Und was wollen wir zusammen in Deutschland erreichen?

Nun, Sie haben es möglicherweise mitbekommen: Ich habe heute Morgen im Deutschen Bundestag zur Vorbereitung des Europäischen Rates und des G7-Treffens in der nächsten Woche eine Regierungserklärung abgegeben, in der ich die Lage für unser Land beschrieben habe und die Aufgaben ebenfalls zu beschreiben versucht habe. Die Analyse kennen Sie. Und gerade Sie haben es nicht nötig, dass ich sie hier in Länge wiederhole.

Unsere wirtschaftliche Entwicklung stagniert seit dem Jahr 2019. Und für die kommenden Jahre sagt man uns, wenn sich nichts ändert, lediglich ein Potenzialwachstum von unter einem Prozent voraus. Die geopolitische Lage – die Friedlosigkeit der Welt – ist einer der Gründe, die zu dieser Lage geführt hat.

Für eine export- und fertigungsorientierte Volkswirtschaft wie die Bundesrepublik Deutschland, für unsere globalen Unternehmen, von denen ja auch viele hier im Raum vertreten sind, ist dies schon Herausforderung genug. Die globalen Umwälzungen, die wir erleben, haben eine besonders gefährliche Wirkung für ein Land wie Deutschland. Unser Geschäftsmodell, das wir über Jahre und Jahrzehnte hatten, besteht nicht mehr. Dieses deutsche Geschäfts- und Exportmodell, das uns so lange Wachstum und Wohlstand gebracht hat, steht infrage. Höhere Preise für Energie und Importe, höhere Zölle, unsichere Lieferketten, Handelsrestriktionen, all das trifft Sie und trifft unser Wirtschaftsmodell hart.

Es gibt aber Regionen, Unternehmen und Branchen, die auch in diesen schwierigen Zeiten Wachstum verzeichnen. Dabei spreche ich nicht von Sonderfällen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union (EU), etwa von Taiwan, das einen beispiellosen Boom bei künstlicher Intelligenz (KI) verzeichnet. Nein, es gibt auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft Länder wie Polen und Dänemark, die stark wachsen.

Wir haben in Deutschland das Problem, dass sich neben den geoökonomischen Schocks und den globalen Transformationsprozessen überfällige Strukturreformen seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten aufgestaut haben. Wir haben begonnen, diesen Stau aufzulösen. Und wir haben begonnen, wieder Möglichkeiten zu eröffnen – auch für Unternehmen, wie Sie es sind.

Unser Ziel ist klar: Unsere Wirtschaft muss stärker funktionieren, muss widerstandsfähiger, muss flexibler und in Kernbereichen auch strategisch unabhängiger werden, damit wir wieder in den Wachstumsmodus kommen und Krisen besser abfedern können. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir in der Bundesregierung schon einiges getan. Wahr ist auch: Vielen geht es zu langsam – Ihnen und mir auch. Ich möchte aber

zunächst das Positive nennen, das in diesen Tagen vielleicht ein wenig zu kurz kommt. Es ist nämlich einiges geschehen:

Wir haben – Sie haben es dankenswerterweise gesagt, Herr Stoll – mit der Wiederherstellung unserer Verteidigungsfähigkeit begonnen. Das ist nicht trivial. Wir sehen das erste Mal seit Jahrzehnten, dass wir uns nun wirklich wieder verteidigen können müssen. Und wir haben an diesem Auftrag so hart gearbeitet wie wahrscheinlich kein zweites Land in der gesamten Nato.

Wir haben steuerliche Entlastungen für Unternehmen beschlossen. Wir haben eine pragmatische und realistische Energiepolitik eingeleitet, mit der wir die hohen Preise in den Griff bekommen wollen. Wir folgen den Leitlinien einer ambitionierten Technologiepolitik. Die Hightech-Agenda, die wir beschlossen haben und die wir umsetzen, zeigt auch die ersten Wirkungen.

Wir treiben die Modernisierung und Digitalisierung von Staat und Verwaltung voran. Wir sind hier in kurzer Zeit schon viel weiter, als es oftmals bisher gesehen wurde und ganz objektiv gesehen werden kann. Wir wollen die digitale Work-and-Stay-Agentur, also eine zentrale IT-Plattform, als einheitlichen Kontaktpunkt für ausländische Fachkräfte. Das klingt so einfach, aber wir wollen auf dieser digitalen Plattform sämtliche Genehmigungsverfahren, die Arbeitserlaubnis, die Aufenthaltserlaubnis, die Anerkennung der Berufsabschlüsse digital und einheitlich ermöglichen, sodass sowohl Arbeitskräfte, die nach Deutschland kommen wollen, als auch Sie, die Unternehmen, die Arbeitskräfte von außen holen wollen, auf einer einfachen digitalen Plattform alle Informationen, alle Entscheidungen abrufen können.

Dahinter liegt ein hochkomplexes System von sehr unterschiedlichen Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie zum Teil auch den Industrie- und Handelskammern, die ja zum Teil auch für die Anerkennung der Berufsabschlüsse zuständig sind. Dies ist wahrscheinlich das größte IT-Vorhaben, das wir für die gesamte Wahlperiode auf den Weg gebracht haben.

Wir haben ein neues Baugesetzbuch verabschiedet, das die Grundlage für vereinfachtes und beschleunigtes Bauen sein soll. Wir wollen möglichst schnell auch den

Gebäudetyp E ermöglichen, also einfaches Bauen mit Standards, die wieder einfacher sind, damit es auch preiswerter wird für junge Familien.

Wir haben die ersten Beschlüsse hin zu einem neuen Rentensystem bereits gefasst. Diejenigen, die länger arbeiten wollen, können das seit dem 1. Januar 2026 tun und bis zu 24.000 Euro im Jahr steuerfrei hinzuverdienen.

Wir haben bereits entschieden – und das wird am 1. Januar 2027 in Kraft treten –, den Vermögensaufbau in privater Hand neu auszurichten, und zwar mit einem Instrument, das nicht mehr durch Garantien abgesichert werden muss und rein kapitalmarktorientiert ist. Das bedeutet eine echte Umkehr in der Vermögensbildung in Deutschland.

Wir sind auf dem Weg hin zu einer großen ersten Gesundheitsreform, die noch vor den parlamentarischen Sommerferien verabschiedet werden soll. Eine zweite Strukturreform soll im Herbst folgen.

Auch der Reformprozess, der im letzten halben Jahr auf der europäischen Ebene an Fahrt aufgenommen hat, ist ganz wesentlich auf unsere und zum Teil auch meine persönlichen Initiativen zurückzuführen. Ja, ich bin sehr viel und sehr engagiert in dieser EU unterwegs. Aber ich tue das nicht, weil ich immer schon einmal in viele Länder Europas reisen wollte, sondern ich tue das, weil es meine feste Überzeugung ist, dass ein Land wie Deutschland ein überdurchschnittlich hohes Interesse daran haben muss, dass diese EU gut funktioniert, dass dieser europäische Binnenmarkt mit 450 Millionen Einwohnern sein ganzes Potenzial ausschöpfen kann, dass wir auf der Welt auch als ein Wirtschaftsraum angenommen werden, in den es sich zu investieren lohnt und der auch mit seiner Macht als Konsumraum auf der Welt Regeln mitbestimmt, bis hin zu den Handelsabkommen, die wir abgeschlossen haben, die in Kraft getreten sind und die zum Teil schlussverhandelt sind.

Die Schlussfolgerungen des letzten Europäischen Rates vom März und der im April unterzeichnete entsprechende Fahrplan geben unserer Wettbewerbsagenda jetzt mit ganz konkreten Initiativen und klaren Zeitvorgaben eine Kontur. Ich dringe in Brüssel darauf, dass weite Teile dieses Fahrplans noch in diesem Jahr, spätestens bis Mitte des nächsten Jahres umgesetzt werden.

Wir haben das, was Enrico Letta zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes aufgeschrieben hat, und das, was Mario Draghi zur Wettbewerbsfähigkeit der EU aufgeschrieben hat, nicht in den Archiven der EU-Kommission verschwinden lassen, sondern haben es zum Gegenstand einer ganztägigen Klausurtagung des Europäischen Rates am 12. Februar in Alden Biesen in der Nähe von Lüttich gemacht. Wir haben mit beiden Autoren ausführlich über ihre Vorschläge gesprochen und haben das zum Gegenstand der Agenda für Binnenmarkt und Wettbewerbsfähigkeit der EU gemacht.

Ich habe die Handelsabkommen genannt. Auch hier schreitet Europa mit großen Schritten voran – so großen Schritten, wie wir sie seit Jahrzehnten bei Handelsabkommen nicht gemacht haben. Wir machen diese Handelsabkommen mit den Mercosurstaaten, mit Mexiko, mit Indonesien, mit Malaysia, mit Australien und mit vielen anderen Ländern auf der Welt nicht nur, um den Handel mit diesen Ländern fortzuführen und zu verbessern, Grenzen zu öffnen und Zölle zu senken. Wir machen das mit diesen Ländern auch, um denen, die mit autoritären Regierungen die Welt neu ordnen wollen, etwas entgegenzusetzen, das da heißt: Wir stehen zur regelbasierten Ordnung, zum Freihandel, zu den Regeln der Welthandelsorganisation. Wir wollen diesen autoritären Systemen etwas entgegensetzen, was immer unser Modell war, nämlich offene Märkte, freien Handel und möglichst viel Wettbewerb auf der Welt. Deshalb machen wir das. Deshalb setze ich mich auch persönlich so sehr für diese Abkommen ein.

Trotzdem wird Sie das alles zu Recht nicht zufriedenstellen. Unter anderem deshalb haben wir gestern Abend mehr als drei Stunden mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften und der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände zusammengesessen – Rainer Dulger war dabei und der Bruder von Frau Leibinger-Kammüller ebenfalls. Wir haben zu *vier* Themenfeldern in, wie ich finde, sehr konstruktiver und konzentrierter Atmosphäre diskutiert: die Situation am Arbeitsmarkt, die Lage der Sozialversicherungen, die überbordende Bürokratie und die steuerlichen Belastungen.

Meine Damen und Herren, ich darf dies hoffentlich auch für diejenigen, die dabei waren, sagen: Hier wächst Vertrauen, Offenheit und auch Bereitschaft zur gemeinsamen Veränderung. Denn nur, wenn wir miteinander sprechen, können wir die großen Reformen umsetzen, die wir noch vor uns haben. Wir haben Arbeitgebern und

Gewerkschaften, dem Handwerk und der Industrie das Angebot gemacht, dass sie unseren Reformprozess weiterhin konstruktiv begleiten. Auch dazu stehe ich.

Sicher ist aber auch, dass am Ende die Politik entscheiden muss, die Regierung entscheiden muss. Wir müssen dazu noch einmal alle Kräfte mobilisieren. Wir sehen immer noch sehr viel Zaghaftheit, was die notwendigen Reformen betrifft. Es ist so – das sage ich ohne jede Larmoyanz –: Eine wohlhabende Gesellschaft zu verändern, ist viel schwieriger, als ein Land nach Krieg und Zerstörung wieder aufzubauen. Das, was wir uns vorgenommen haben umzusetzen, erfordert Veränderungsbereitschaft aus dem Wohlstand heraus beziehungsweise vielleicht aus einer Wohlstandsillusion heraus. Es wird sich aber tatsächlich als eine Illusion erweisen, wenn wir jetzt nicht handeln und die nötigen Veränderungen mit dieser Koalition auf den Weg bringen.

Ich kenne diesen Druck, ich kenne den Zeitdruck, ich kenne die Notwendigkeit der Veränderung. Aber es gibt keinen Grund, dass wir als Land, als Gesellschaft nicht wieder an uns selbst glauben. Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass unser Land sich wieder einen vorderen Platz in dieser sich verändernden Welt erarbeiten kann. Es mag sein, dass viele an alten Sicherheiten festhalten wollen, die längst nicht mehr wirken. Es handelt sich eben um eine Illusion. Das ist nicht der Weg. Wir müssen die Fesseln lösen. Wirtschaft – auch das gehört dazu – ist kein Nullsummenspiel. Für alle, die sich aufmachen und Chancen nutzen, ist weitaus mehr drin.

Lassen Sie mich zwei sehr positive Beispiele nennen – es gibt ja auch viele positive Beispiele –: Ich habe gestern hier in Berlin auf dem BER-Flughafen die diesjährige ILA, die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung, eröffnet. Vielleicht war sogar der ein oder andere von Ihnen aus dieser Industrie und aus dieser Branche dabei. Dieser Teil der Volkswirtschaft wächst in vielen Teilen der Welt und auch hier bei uns in Deutschland – im letzten Jahr um 19 Prozent mit 10.000 neuen Arbeitsplätzen, die allein in dieser Branche entstanden sind. Und dort war greifbar, wie sich in dieser Industrie neue Chancen, neue Wirtschaftsräume eröffnen, bis hin zum Weltraum – oftmals belächelt, heute verteidigungspolitisch und wirtschaftspolitisch einer der wichtigsten Räume. Es war eine der wichtigsten Entscheidungen, die wir zu treffen hatten, auch eine aktive Weltraumstrategie in der Bundesregierung umzusetzen.

Ich nenne Ihnen ein zweites Beispiel: Die Hannover Messe, deren Partnerland in diesem Jahr Brasilien war, hat so viel Aufbruch, so viele junge Unternehmen und auch so viel an Forschung und Entwicklung gezeigt wie selten zuvor. Viele, die dort sind, wollen es einfach wissen; sie wollen jetzt vorn mit dabei sein. Auch das gibt mir Zuversicht.

Nehmen Sie – last, but not least – die Entwicklungen bei den Start-ups. Im Jahr 2025 sind über 3.500 junge Unternehmen in Deutschland gegründet worden. Sie selbst waren auch alle einmal Start-ups, vielleicht Ihre Eltern oder Ihre Großeltern. Aber das Wort kannte man damals noch nicht. Nur sind aus den kleinen zum Teil große, weltweit führende Unternehmen geworden. Jetzt haben sich viele junge Menschen – es waren nicht nur junge, aber viele junge Menschen – auf den Weg gemacht, in Deutschland wieder Start-ups zu gründen, 3.500 im vergangenen Jahr. Das war die größte Zahl, die wir je gesehen haben. Es waren über 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Diese meist jungen Menschen haben den Mut, etwas Neues auszuprobieren, ihr Schicksal auch selbst in die Hand zu nehmen, Verantwortung zu übernehmen und Risiken einzugehen. In diesem Sinne ein Dank an diejenigen, die das tun – nicht nur die Jungen, aber vor allem die Jungen!

Wir haben in diesem Sinne einen neuen Mindset. Es geht darum, dass wir jetzt wieder unseren Fähigkeiten vertrauen und auf diesen Standort setzen. Unser Land hat einen guten Platz in der Welt von morgen. Europa hat einen guten Platz in der Welt von morgen. Ich höre das häufig weit außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und der EU, manchmal mehr als im eigenen Land. Wir werden auf der Welt als zuverlässiger Partner und zuverlässiger Standort geschätzt. Wir haben immer noch ein hohes Maß an gesellschaftlicher Stabilität. Machen wir uns wirklich klar, wie viel es wert ist, eine Demokratie und einen funktionierenden Rechtsstaat zu haben. Das sind gerade auch für Sie, die Sie diese Verlässlichkeit und Stabilität brauchen, wichtige Rahmenbedingungen.

Noch einmal: Ich weiß, dass es noch viel zu tun gibt. Sie, die Familienunternehmen, sind zum Teil seit Jahrhunderten die Basis unserer Wirtschaft und in unserer Wirtschaft die Basis für unseren Sozialstaat. Auch das gehört dazu. Als regional verwurzelte Familienunternehmen spielen Sie bis heute eine unverzichtbare soziale Rolle vor Ort. Sie engagieren sich bei Betreuung und Ausbildung bis hin zur Förderung von Vereinen,

von Kultur, von Sport, von Ehrenamt. Sie, die Familienunternehmen, wissen, was Verantwortung und persönliche Haftung bedeuten. Sie leben diese Prinzipien. Sie wollen zu Recht auch vom Gewinn aus Ihren Ideen und aus Ihrem Risiko profitieren dürfen. Sie rufen nicht ständig nach dem Staat, sondern Sie wollen, dass der Staat einen verlässlichen Rahmen und auch einen verlässlichen Sozialstaat schafft, einen Rahmen, in dem fairer Wettbewerb und eben Marktwirtschaft stattfinden.

Genau dafür, diesen Rahmen zu erneuern und zu verbessern, bin ich mit der Bundesregierung angetreten. Das ist es, wofür ich in diesen Monaten, wofür ich in dieser Wahlperiode arbeite. Meine Damen und Herren, Sie haben die Ideen und Sie haben den Mut. Sie haben einfach Lust darauf, unser Land neu zu formen, eben ein neues Wirtschaftswunder zu schaffen. Haben wir diesen Mut auch als Land, auch als Gesellschaft? Das ist vermutlich die große Frage in diesen Wochen und Monaten. Wie reformfähig ist unser Land eigentlich? Trauen wir uns auch Einschränkungen und Änderungen von Gewohnheiten zu, um morgen etwas Besseres zu erreichen? Oder kommen wir immer wieder nur auf die alten Ideen, Steuererhöhungen und neue Schulden?

Nein, ein Land, das nur funktioniert, wenn es immer mehr Geld ausgibt, hat keine Zukunft. Die Frage ist: Können wir es in unserem Land auch einmal so angehen, dass wir die Wünsche, die wir haben, mit dem Geld abgleichen, das wir äußerstenfalls zur Verfügung haben? Wenn wir zu Veränderungen und zunächst auch zu Einschränkungen bereit sind, dann gewinnen wir diesen Spielraum für die Zukunft. Wir gewinnen neue Tragkraft. Wir gewinnen eine freiheitliche Lebensweise in einer sich grundlegend weiter verändernden Welt. Das sollte uns, das muss uns gelingen.

Denn es geht nicht darum, dass wir es in unserer Zeit besonders gut haben. Es geht darum, dass unsere Kinder und Enkelkinder in unserem Land mindestens so gut leben können, wie wir das Glück hatten, es in unserer Lebenszeit zu dürfen – vielleicht sogar ein bisschen besser, aber in jedem Fall in Freiheit, in Frieden, mit wirtschaftlicher Perspektive und auch mit sozialer Gerechtigkeit. Das muss erreichbar sein. Gehen Sie davon aus, dass ich fest entschlossen bin, es mit Ihnen zusammen trotz aller Widrigkeiten zu erreichen. Herzlichen Dank.